

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Berlin-Stadt 12 M. im voraus jährlich. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Vorbehalt bezogen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Baltikum, Mittel- und Ostpreußen die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens 20 M., des übrigen Auslandes 27 M. per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 30 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C2, Breite Straße 59.

Die schlagzeilenlosen Anzeigen oder deren Raum kostet 5.- M. einschließlich Freizugangsgeld. Kleine Anzeigen! Das festgedruckte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1.50 M., einschließlich Freizugangsgeld. Einzelne Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Anzeigen 5.00 M. netto pro Zeile. Stellen-Anzeigen in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1.50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Wir entwaffnen nur widerwillig ...

Das Doppelspiel des Dr. Heim

IX. Paris, 22. Juni.

Der Berliner Korrespondent des „Echo de Paris“ hatte mit Dr. Heim und dem Reichskommissar für die Entwaffnung Dr. Peters Unterredungen über den Stand der Entwaffnungsfrage in Bayern. Dr. Heim sagte dem französischen Journalisten: Die französische Politik gegenüber Bayern hat drei Phasen durchgemacht. Nach dem Waffenstillstand war Bayern des Krieges überdrüssig, das ganze Volk wandte sich Frankreich zu. Wir wünschten eine Annäherung an Frankreich und die Trennung von Berlin. Man hat uns damals in Frankreich nicht verstehen wollen. In der zweiten Periode Frankreich die begangenen Fehler und wußte sich die Sympathien Bayerns zu erwerben. Die dritte Phase, die gegenwärtige, ist durch einen plötzlichen Umschwung der bayerischen öffentlichen Meinung gegen Frankreich gekennzeichnet, der in der anbefohlenen Auflösung der Einwohnerwehren seine Ursache findet. Wir entwaffnen nur widerwillig. Wir tun es einzig und allein deshalb, weil wir nicht verantwortlich sein wollen für jede Entscheidung, die mit einem Widerstand begründet wird und dem Reiche Schaden zufügen kann. Ohne diesen Grund würden wir niemals unsere Waffen ausgeliefert haben. Im übrigen werden Sie

sehen, daß Bayern binnen kurzem von neuen kommunistischen Unruhen aufgewühlt werden wird.

Der Entwaffnungskommissar Dr. Peters, der gerade von einer Reise aus Bayern zurückgekehrt war, gab dem Korrespondenten folgende Erklärungen: Entgegen dem in Frankreich herrschenden Glauben und dem, was soeben der Abg. Unterleitner ausgeführt hat, entwaffnet Bayern tatsächlich, ich habe das Vertrauen, daß es dies in den vorgeschriebenen Fristen bewerkstelligen wird. Alle Geschütze und Maschinengewehre sind abgeliefert, viele schon zerstört worden. Auf die Frage, ob er glaube, daß Bayern auch die 300 000 in seinem Besitz befindlichen Gewehre abliefern werde, erwiderte der Entwaffnungskommissar: „Man hat voreilig irrtümliche Ziffern veröffentlicht. Ich habe dem General Kollé nachgewiesen, daß es sich hierbei um eine geringere Zahl handelt. Die zur Ablieferung angemeldeten Gewehre beziffern sich auf 240 000 Stück. Erst in einigen Tagen werde ich die genaue Zahl der abgelieferten Waffen kennen. Sollte ich zu optimistisch gewesen sein, so würde ich wirksame Maßnahmen zu ergreifen wissen, über die es verfrüht wäre, Ihnen gegenwärtig schon etwas zu sagen.“ Dr. Peters erwähnte dann noch im Gespräch, daß zahlreiche bayerische Bauern aus Furcht vor Anzeigenerklärung, sie würden lieber ihr Gewehr ins Wasser, als es den Leuten aus Berlin zu geben.

Mag Hölz

Im Hölz-Prozess wurde der Angeklagte zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt.

Hölz. — Wer ist Hölz? — Wo kommt er her? — Hölz kann nicht auf eine Vergangenheit inmitten des Klassenkampfes revolutionärer Proletarier hinweisen.

Hölz kam aus den dunklen Häusern politisch indifferenten Menschen. Das Erklären romantischer und abenteuerlicher Filme als Mitwirkender in Kinos ist offensichtlich auf seine geistige Entwicklung nicht ohne verhängnisvollen Einfluß geblieben. Vom nationalistischen Kriegsausbruch begeistert, drängt es ihn als Kriegsfreiwilligen ins Feld.

Im Krieg konnte sich der Militarismus ausleben. Wer dem Militarismus in die Klauen geriet ohne inneren Halt, ohne vorher durch die Schule proletarischer Kampforganisationen gegangen zu sein, der wurde meist fürs ganze Leben geistig und moralisch verdorben.

Die militärische Erziehung war schon im Frieden eine einzige große Sünde gegen jede wahre Menschlichkeit. Worin bestand denn die militärische Erziehung? Wie oft mußte der wehrlose gemeine Soldat von irgendeinem Vorgesetzten wüste Schimpfwörter über sich ergehen, sich ansputen und ohrfeigen lassen und andere Quälereien und Mißhandlungen erdulden! Der Krieg war im Grunde nichts anderes als das Uebertragen von Beschimpfungen und Körperverletzungen aller Art bis zum irdischen Ausgang ins Riefenhafte.

Die rohe Gewalt wurde für Millionen zum Evangelium. Wie einfach, wie rasch, wie angenehm war es, bei allen Streitigkeiten und Konflikten kurzerhand durch Gewalt zu entscheiden. Das mußte auf Menschen mit primitivem Denken, auf moralisch und geistig Halbfertige, auf geistig Schwache oder Kranke verderblich wirken. Menschen morden, wehrlose Menschen beschimpfen, mißhandeln und berauben galt von je als höchste militärische Tugend. Wer sich hier am meisten hervortat, dem winkten Ehrentitel, Würden und Auszeichnungen.

Nach dem Kriege kam die Revolution. Leute wie Hölz, die ohne jede sozialistische Erziehung die militärische Schule theoretisch und praktisch durchgemacht hatten, sahen in der Revolution auch nichts anderes als eine Reihe von Gewaltakten gegen Personen und Sachen. Schlugen im Kriege Soldaten Soldaten tot, so schlugen während der Revolution Arme Reiche tot. Es lebe die nackte Gewalt! Es lebe der Terror! Bürgerliche und militärische Parolen, die nichts gemein haben mit den Grundsätzen der proletarischen Revolution.

In den Klassenkampf des Proletariats gegen den Kapitalismus griff Hölz auf eigene Faust nach militärischen Gepflogenheiten und verbrecherischen Traditionen ein. Er sammelte Banden um sich, die meist aus Jungen und — nicht nur politisch — vollkommen unerfahrenen und unfertigen Menschen bestanden. Wie sehr Hölz vom Militarismus beherrscht wurde, dafür sind seine Aufrufe, Erlasse und Kampfberichte durchschlagende Beweise. Diese Aufrufe, Erlasse und Schlachtenberichte verraten aber auch einen rohen Charakter und einen nicht gefundenen Geist. Es ist in ihnen immer wieder die Rede davon, daß Häuser oder Orte in Brand gesetzt und daß Bourgeois abgeschlachtet werden sollen. Die „rote Fahne“ freilich meinte in ihrer Morgenausgabe vom 14. Juni:

„Die Sprache von Hölz ist zweifellos eine kräftige. Sie erinnert in ihrer Härte an antike Beispiele. Ich mußte bei dem Aufruf an die berühmte Stelle aus dem Oratorium Elias denken, in dem Wendelsohn-Musik die ganze Erbitterung und Haß gegen die Baalspriester zum Ausdruck gebracht hat, und wo es im Text wörtlich heißt: Er schloßete sie!“

Der Schreiber dieser Zeilen ist mit Hölz auf eine Stufe zu stellen. Wie Hölz den Sozialismus schändet und diskreditiert, so schändet der Artikelschreiber der „Roten Fahne“ dazu noch die Kunst.

Hölz sagte vor Gericht, daß er sich nicht als Angeklagter fühle, sondern als Kläger gegen die bürgerliche Gesellschaft. Dem stimmen wir zu. Allerdings in einem anderen Sinne, als Hölz glauben machen wollte. Hölz ist die Verkörperung einer Anklage gegen die bürgerliche Gesellschaft. Die Erziehung, die ihm die bürgerliche Gesellschaft vor und während des Krieges zuteil werden ließ, hat einen Hölz werden lassen. Die ihm folgten, die ihm anhängen und feiern, sind wie Hölz Opfer der kapitalistischen Gesellschaft. Und die bürgerliche Gesellschaft, die solche Menschen schafft, weiß sich keinen anderen Rat, als sie wiederum durch brutale Gewalt, in diesem Fall durch ihre Justiz, unschädlich zu machen.

Wer den Prozess gegen Hölz verfolgt hat, der kann sich der Erkenntnis nicht verschließen, wenn er bisher daran noch gezweifelt haben sollte, daß Hölz mit allen seinen Handlungen nicht die Spur revolutionärer Taten vollbracht hat.

Hölz machte persönlich vor Gericht den Eindruck eines preußisch-deutschen Unteroffiziers mit beschränktem geistigen Horizont. Hinter seiner niedrigen fliehenden Stirn haben große Gedanken und hohe Ideen keinen Raum. Nichts von wahrhafter Kraft und heroischer Entschlossenheit war in seinem Auftreten zu entdecken. Gewiß, hin und her gebraucht Hölz gegen Richter und Zuhörer Schimpfwörter, wie sie jedem vertraut sind, der jemals das Unglück hatte, militärische Kasernenhöfe zu besichtigen. Aber in diesen Schimpfwörtern kam keine Elementarkraft zum Durchbruch.

Eine wohlbegründete Abfrage

II. London, 23. Juni.

Die Arbeiterpartei hat auf ihrer Konferenz in Brighton gestern den Anschluß der Kommunisten an die Arbeiterpartei abgelehnt. Die Verwaltung der Arbeiterpartei hatte bereits ihre Zustimmung für einen Anschluß verweigert, falls die Kommunisten ihre Statuten nicht anerkennen. Bei der Abstimmung wurden 224 000 für den Anschluß und 411 500 dagegen abgegeben.

Die englische Arbeiterpartei ist eine lose Vereinigung der sozialistischen und gewerkschaftlichen Gruppen in England. Der Antrag der Kommunisten bezweckte nichts weiter, als in der Arbeiterpartei nach bekanntem Muster eine „kommunistische Zelle“ zu bilden. Die Aufforderung zu diesem Schritt, der übrigens für den Opportunismus der Kommunisten recht bezeichnend ist, erging von Moskau aus. Die Ablehnung des Antrages konnte bei dem stark ausgeprägten Selbstbewußtsein der englischen Arbeiter und ihrer Führer nicht zweifelhaft sein und man kann sie im Interesse der Schlagkraft der englischen Arbeiterbewegung nur begrüßen.

Keine militärische Vormacht Polens in Danzig

Genf, 22. Juni.

In der Sitzung des Völkerbundes, in der über die Frage der militärischen Verteidigung des Freistaats Danzig entschieden wurde, trat der Vertreter Danzigs, Senatspräsident Dr. Sahm, vor allem gegen die Verquickung der Verteidigung Danzigs mit der Aufrechterhaltung der Ordnung auf. Ebenso erklärte er sich dagegen, daß in Ausführung des Artikels 28 den Polen die Ausfuhr aller Waren über Danziger Gebiet gestattet und das militärische Mandat gesichert werde. Der polnische Vertreter forderte auf Grund des Gutachtens der Ständigen Rüstungskommission beschränkte militärische Stützpunkte und eine Garnison auf dem Gebiet der Freien Stadt. Diese Forderung wurde vom Völkerbundrat abgelehnt. Eine etwaige militärische Verteidigung Danzigs durch Polen könnte laut Beschluß des Rates nur auf Grund einer jeweiligen Entscheidung des Völkerbundes bzw. des Oberkommissars erfolgen. Damit ist für Danzig das Problem in dem Sinne entschieden, daß nunmehr von einer polnischen Garnison in dem Freistaat nicht die Rede sein kann. Die Garantie für die Unabhängigkeit der Stadt liegt darnach in den Händen des Völkerbundes.

Armeniergememel in Wan

IX. Konstantinopel, 21. Juni.

In Verbindung mit dem Eintreffen der Nachricht über die Freisprechung des Mörders Talaat Beys in Berlin sind in der Stadt Wan (Kurdistan) Unruhen ausgebrochen. Die öffentlichen Märkte wurden sofort geschlossen; die mohammedanischen Priester hielten unter der sanftmütigen Zustimmung Menge der Muselmanen aufstehende Reden gegen die Armenier. Die von Derwischen angeführte Menge begab sich nach dem Armenierviertel und begann zu morden und zu plündern. In der Nähe des alten Palais des Keimalams, wo sich das Expeditionsbureau „Meheus“ (deutsche Besizer) befindet, machte die Menge halt und plünderte, anschließend durch die Rede eines Derwishes, die Bureau- und Speicherräume; ein Teil der deutschen Kaufleute fand Schutz in der Offiziersunterkunft der Garnison. Die Unruhen wurden von regulären Truppen unterdrückt. Der Truppenkommandant erließ beruhigende Aufreufe. In allen umliegenden Dörfern und Ortschaften haben Armeniergememel begonnen.

Griechenland und die Vorschläge der Alliierten

CC. Paris, 23. Juni.

Der Vermittlungsvorschlag Frankreichs, Englands und Italiens an Griechenland wurde durch die Vertreter dieser Mächte dem griechischen Außenminister überreicht, der ihn dem König und dem Vizepräsidenten Sunaris in Smyrna zur Kenntnis brachte. Sunaris ist gestern nach Athen zurückgekehrt und wird noch heute einen Ministerrat präsidieren, in dem die Antwort auf diese Note der alliierten Staaten festgestellt werden soll. In griechischen politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß die griechische Regierung den Ententemächten danken und sich grundsätzlich bereit erklären wird, deren Vermittlung anzunehmen, ohne formelle Verpflichtung, solange die Alliierten die Einzelheiten des Vorschlages nicht bekanntgegeben haben. Griechenland stehe weiterhin auf dem Standpunkt, daß die Aufrechterhaltung des Friedens von Scores das beste Mittel zur Befriedigung des Orients wäre.

Die Verwaltung der deutschen Kolonien

London, 22. Juni.

Winston Churchill machte in der heutigen Sitzung der Premierminister des britischen Reiches Mitteilungen über die englischen Kolonien und ihre wirtschaftliche und politische Entwicklung. Bezüglich des Gebiets von Tanganjika, das durch den Friedensvertrag unter englische Aufsicht gekommen ist, erklärte Churchill, in diesem Gebiet sei während des Krieges eine derartige Umwälzung erfolgt, daß eine vollkommen neue Verwaltung eingeführt werden mußte. Großbritannien habe sich bemüht, zu erreichen, daß diese Verwaltung der früheren deutschen Verwaltung in keiner Weise nachstehe, insofern es sich im Laufe des Jahres ein beträchtliches Defizit ergeben. Die vom britischen Parlament verlangten Kredite reichten nicht aus. Daher sei zu befürchten, daß während eines oder zweier Jahre die Verwaltung des Gebiets von Tanganjika dem Gebiet nicht die gleiche Wohlfahrt werde geben können, wie sie zur Zeit der deutschen Herrschaft bestanden habe.

Westarp fordert zur Tat auf!

In einer Rede, die der Führer der Deutschnationalen, Graf Westarp, am Mittwoch in Leipzig hielt, kündigte er die allerschärfste Opposition seiner Partei gegen die Regierung Wirth an. Daß der Reichskanzler, trotzdem nichts erwidern sei, den Nord an Gareis der Rechten in die Schuhe geschoben habe, sei das Hinwerfen eines Fehdehandschuhes, den die Rechte annehme. Der Redner forderte schließlich auf, endlich den Entschluß zur Tat zu finden.

Daß die Deutschnationalen den Reichskanzler Wirth nach seiner letzten Rede im Reichstage über Bayern mit noch viel grimmigerem Haß verfolgen würden als bisher, war zu erwarten. In dieser Beziehung ist die Ankündigung des Grafen Westarp keine Ueberraschung. Seine Aufforderung aber, endlich zur Tat zu kommen, erhält ihren eigentlichen Sinn, wenn man sich erinnert, daß er am letzten Sonntag in der „Kreuzzeitung“ schrieb, die Deutschnationalen hätten die Aufgabe, „in unausgesetzter Arbeit der Rückkehr der Monarchie im deutschen Volke den Boden zu bereiten“. Seine Aufforderung zur Tat ist also die Aufforderung zur Wiederherstellung zur Monarchie!

Anleihe der Schweiz für Heereszwecke. Der Nationalrat hat einen Kredit von 60 Millionen Franken für den Ankauf von Kriegesgerät für das Jahr 1922 angenommen.

Sie waren auch nicht aufgeföhrt von impulsiver Entrüstung, sie waren im Gegenteil nur Anzeichen nervöser Gereiztheit. Eine gequälte, sich in ohnmächtiger Wut verzehrende Kreatur schrie auf. Hölz sprach auch hin und wieder davon, daß es sich bei seinem Prozeß um „eine Idee“ handle. Doch das waren nur beifällige Anmerkungen, fast und höhl in den Saal gepoltert. Der Prozeß war angefüllt von Erörterungen über Beschimpfungen über Ausweisungen von Ohrfeigen, über Mißhandlungen und Körperverletzungen aller Art gegen wehrlose Menschen. Wenn man abhiebt von den Sprengungen, Brandstiftungen und Plünderungen, dann bleibt übrig ein Prozeß, wie wir ihn vor dem Kriege oft genug erlebt haben. Ein Prozeß, in dem sich irgendein Unteroffizier oder Offizier wegen Mißhandlungen gewöhnlicher Soldaten zu verantworten hatte. Alles zusammen, gibt einen Prozeß gegen irgendeinen nicht politischen Schwerverbrecher.

Menschen wie Hölz gehören in Heilanstalten oder Erziehungsheime.

Die Kommunisten allerdings sind anderer Meinung, sie rufen: Siehe, welch ein Held! In der Morgenausgabe der „Roten Fahne“ vom 14. Juni ist zu lesen:

„Hölz ist ein echter Revolutionär und es stände gut um die Sache des Proletariats, wenn Charaktere von der Entschlossenheit und Opferbereitschaft eines Hölz nicht allzu selten wären. Hölz hat mit dem klaren Bewußtsein des Proletariats aus der Schule des Gewaltkrieges die sozialistische Republik, die Diktatur des Proletariats zum Ziel gehabt.“

Und in der Nummer 205 der „Kommunistischen Arbeiter-Zeitung“:

„Max Hölz ist unser. Max Hölz ist der Mutigste des revolutionären Proletariats. Max Hölz ist das revolutionäre Proletariat selbst. . . Wir bekennen uns zu Max Hölz und seinen Taten. Seine Verbrechen sind unsere Verbrechen. Sein Kampf ist unser Kampf. . . Wir begrüßen Max Hölz und seine Taten als wahrhaft kommunistisches Handeln. . . Ihr müßt kämpfen, wie Max Hölz gekämpft hat: mit allen Mitteln!“

Für den Kommunismus, wie er von der K. P. D. und der K. A. P. D. jetzt in völliger Uebereinstimmung vertreten wird, für diesen Kommunismus mag Hölz gewirkt haben. Dieser Kommunismus hat nichts zu tun mit dem marxistischen Kommunismus, für den die revolutionären Sozialisten kämpfen. Bei der K. P. D. und der K. A. P. D. handelt es sich um degenerierte bolschewistische Kommunismus, um eine Entartung des proletarischen Klassenkampfes. Wenn deutsche bolschewistische Kommunisten erklären, Hölz gehöre zu ihnen, dann wollen wir das festhalten, als eine Selbstcharakterisierung ihrer Bewegung. Wir verstehen, daß Menschen, die Terror, die sinnlose Gewalttaten gegen Personen und Sachen mit der proletarischen Diktatur verwechseln, auch einen Hölz preisen. Für jeden revolutionären Sozialisten ist Hölz ein kranker und durch die bürgerliche Gesellschaft verdorbener Mensch. Sein Wirken ist absolut konterrevolutionär, denn es bedroht den proletarischen Klassenkampf mit Entartung, mit Verwilderung, mit Demoralisation und mit Zerrüttung.

In ihrem Bekenntnis zu Hölz haben die „Rote Fahne“ und die „Kommunistische Arbeiter-Zeitung“ das Wesen des bolschewistisch-anarchistischen Kommunismus aufgezeigt. Sie haben damit unbewußt auch auf die große Gefahr aufmerksam gemacht, die die deutsche Arbeiterklasse bedroht, wenn sie nicht endlich dazu kommt, durch die Ueberwindung der bolschewistischen Krankheit sich innerlich wieder gesund und stark zu machen. Die innere Gesundheit des Proletariats ist die erste Vorbedingung für seine Aktionsfähigkeit gegen den Kapitalismus. Wie notwendig die geistige Ueberwindung des bolschewistischen Kommunismus ist, das ist eine Lehre, die von uns allen aus dem Hölzprozeß gezogen werden muß. Hier ist höchste Gefahr! Rückwärtslos und restlos müssen die bolschewistischen Hölzmethoden ausgemerzt werden.

Führte Hölz vor dem Gericht die Sache des bolschewistischen Kommunismus, so kann die Unabhängige Sozialdemokratie auf einen anderen Prozeß hinweisen, wo einer ihrer Führer den marxistischen Kommunismus, den revolutionären Sozialismus vertrat.

Vom 29. Mai bis 23. Juni 1919 stand unser Genosse Ledebour vor einem bürgerlichen Gericht. „Wie anders wirkt dies Zeichen auf mich ein!“

Ledebour war ein bewährter Kämpfer mit reicher politischer Vergangenheit. Ein Mann, der schon ein ganzes Menschenleben immer im vordersten Treffen steht. Ein unerschrockener Kämpfer für die große Idee der revolutionären Sozialismus stand da vor einem Klassengericht der Bourgeoisie. Die großen geschichtlichen Zusammenhänge der revolutionären Entwicklung wurden aufgerollt. Einer der Verteidiger, der spätere Kommunist Dr. Herzfeld, schrieb in seiner Einleitung zu der Broschüre „Ledebour vor den Geschworenen“:

„Aber Genosse Ledebour, dieser echte Soldat der Revolution, kämpft in seiner Verteidigungsrede ausschließlich um die Revolution, ihm scheint es gleichgültig, daß er als Angeklagter spricht und daß es um seine Freiheit geht. Wohl selten in der Geschichte der Revolution hat ein Angeklagter so ganz ohne Rücksicht auf sich selbst vor dem Strafgericht, das ausschließlich von seinen politischen Gegnern besetzt ist, die Sache der Revolution verteidigt.“

Im Ledebour-Prozeß hatte die Staatsanwaltschaft ihre Anklage auf allerhand einzelne Vorgänge aufgebaut. Ledebour aber zwang das Gericht, auf die großen Fragen des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit einzugehen. So wurde der Prozeß Ledebour zu einer Aktion des kämpfenden Proletariats. Ledebour wurde auch vor dem bürgerlichen Gericht ein Vorläufer des revolutionären Sozialismus, der die konterrevolutionären Mächenschaften der Nacht haubt entlarvte und brandmarkte.

Ledebour — Hölz.
In Ledebour und in Hölz stehen sich zwei Welten gegenüber, getrennt durch einen unüberbrückbaren Abgrund. Revolutionärer Sozialismus heißt die eine, bolschewistisch-anarchistischer Kommunismus die andere.

Reingefallene Schwindler

Auf dem kommunistischen „internationalen“ Kongreß der gegenwärtig in Moskau inszeniert wird, wurde eine Sympathieerklärung für den Genossen Brandler angenommen. Kleinsaut bemerkt die „Rote Fahne“ dazu, daß sich diese Sympathieerklärung auf folgenden Berliner Radio stütze, das der Exekutive die Beurteilung meldete:

„Brandler machte in seiner Verteidigungsrede keinerlei Konzessionen und seine Verteidigung machte es den Richtern unmöglich, ein milderes Urteil zu fällen.“

So wurde also die Exekutive beschwichtigt, denn in Wirklichkeit verlor Brandler sich auf jede Art und Weise herauszuhalten, vertrat einen Standpunkt, der weitaus zäher und „opportunistischer“ war als etwa der Levis, ließ verschiedene Kapitalisten aus Chemnitz als Zeugen vernehmen, um für sein Wohlverhalten, seine Ungefahrlichkeit und Abneigung gegen alle Gewalttätigkeiten sich gute Zeugnisse zu verschaffen, kurz, ging in Konzessionen so weit als möglich, um so ein möglichst mildes Urteil zu erhalten. Die hiesige Zentrale lag also die Moskauer Exekutive bewußt an und ist jetzt in tödlicher Verlegenheit, weil sie auf Befehl des Hölz den Brandler eben wegen dieser Konzessionen verurteilen mußte. Es geht doch nichts über diese „Politiker“.

Proletarischer Selbstschutz gegen Orgesch

Der Breslauer Bezirksausschuß hat, wie wir bereits meldeten, eine Reihe von Verböten gegen den Orgeschverband aufgehoben. Einige Funktionäre der rechtssozialistischen Partei erlassen nun deshalb einen Gegenaufruf zur Gründung eines proletarischen Selbstschutzesverbandes. Der Aufruf betont im Gegensatz zu den reaktionären und letzten Endes antirepublikanischen Zwecken der Orgeschorganisation als Zweck des proletarischen Selbstschutzesverbandes die Unterstützung der Reichsregierung und den Schutz der republikanischen Verfassung. Im einzelnen formuliert er den Zweck des Verbandes in englischer Uebersetzung an den Wortlaut der Programmklärung der Organisation Escherich und ihres schließlichen Unterverbandes.

Wie hieraus hervorgeht, ist die Absicht bei der Bildung dieses proletarischen Selbstschutzesverbandes zweierlei: es sollen

erstens die Rechtsbehörden entlarvt und ihre Parteilichkeit zugunsten reaktionärer Gebilde offen dargelegt werden, und zweitens die Reichsregierung, die solchen Eingriffen der Rechtsbehörden ruhig zusah, zu Maßnahmen gezwungen werden, durch die die immer erneute Billigung von Orgeschorganisationen verhindert wird.

Deutschlands Justiz

Wie wir schon mitgeteilt haben, hat das Reichsgericht in Leipzig die Angehörigen des Freikorps Aulock, die während der Kapptage im Breslauer Generalkommando eine Folterkammer eingerichtet und unschuldig Verhaftete in der schändlichsten Weise mißhandelt hatten, amnestiert. Es handelt sich um den früheren Tambourmajor Max Walter, den Spielmann Biskup und den Gestreiten Breffa, die zu 3 Jahren 6 Monaten, 4 Jahren bzw. 2 Jahren Gefängnis verurteilt worden waren und denen die Breslauer Strafkammer in der Urteilsbegründung ausdrücklich attestiert hat, daß ihre Schurkereien nicht aus politischen Motiven entsprungen seien, sondern daß es sich lediglich um Robeitsdelikte handelt.

Obwohl nun das Amnestiegesetz vom 4. August 1920 ausdrücklich bestimmt, daß Verbrechen aus Rohheit und Eigennutz nicht unter die Amnestie fallen, hat nunmehr das Reichsgericht einer Revision der Verurteilten stattgegeben und die drei gemeinen Verbrecher amnestiert. In seiner Urteilsbegründung geht es davon aus, daß die Aulock-Truppe im Dienste der Kapp-Regierung gestanden, in Zusammenhang mit der Abwehr „feindlicher“ Bestätigungen gegen die Kapp-Regierung die Gefangenen festgenommen, also im Zusammenhang mit einem hochverräterischen Unternehmen ihre Taten verübt und die Mißhandlungen als Vergeltung und zur Abschreckung gegen politische Gegner begangen habe. Hierzu bemerkt die „Frankfurter Zeitung“:

„Diese rein schematisch-formalistische Entscheidung muß jedes gesunde Rechtsempfinden verlegen und ist nichts weniger als der Ausdruck einer Rechtsmehheit. Das Breslauer Urteil hatte ganz mit Recht betont, daß die Anwendung der Amnestie einen unmittelbaren Zusammenhang des Verbrechens mit dem Kapp-Putsch voraussetze. Diesen unmittelbaren Zusammenhang hat aber auch das Reichsgericht trotz aller Rechtskünste nicht dartun können. Denn es ist ein Unfug, die Mißhandlungen als politische Akte der Vergeltung und Abschreckung anzusehen. Es waren nichts würdige Rohheitsakte, für die nach den gerichtlichen Feststellungen Rohheit und nichts anderes als Beweggrund in Betracht gekommen sind. Es dient gewiß nicht dem Ansehen des Rechts, wenn es durch unnatürliche Auslegung zur Schägerin verabscheuungswürdiger Handlungen wird.“

Soweit das bürgerliche Blatt. Wozu dann noch zu bemerken wäre, daß Arbeiter, die in der Abwehr eines hochverräterischen Unternehmens Gefangene „zur Abschreckung“ halb zu Tode gemartert hätten, erstens nicht mit so milden Strafen belegt worden wären und zweitens von keinem Reichsgericht amnestiert worden wären. Und dennoch: es gibt in Deutschland keine Klassenjustiz und die deutsche Justiz ist die beste der ganzen Welt.

Der dritte Kongreß der Dritten Internationale ist in Moskau eröffnet worden. In einer vor Eröffnung des Kongresses gehaltenen Rede erklärte der loeben aus Turkestan zurückgekehrte Volkskommissar Trozki, wenn der Krieg, die Revolution in Russland und die halben Revolutionen in Deutschland und Oesterreich nicht zu Ende gewesen seien und das Proletariat wieder unter das Joch der Bourgeoisie falle, dann werde die Bourgeoisie wieder unbeschränkte Macht erhalten und das Feld ihrer Tätigkeit hauptsächlich nach Amerika, Afrika und Asien verlegen. Trozki äußerte weiter: Wir müssen mit dem revolutionären Geiste nicht nur die Westen bearbeiten, sondern auch den Osten und vor allem die wilden Kolonien der Großmächte, auf die der Kapitalismus augenblicklich seine Hoffnung baut. Wir haben unsere Millionen bezüglich des unmittelbaren Ausbruchs einer Weltrevolution begraben. Unsere Feinde schlafen nicht, sondern sie beobachten uns wachsam. Dies alles bedeutet, daß der kommende Kampf ein sehr blutiger sein wird und wenn wir siegen wollen, müssen wir alle unsere Kräfte anspannen.

Tagung internationaler Eisenbahner in Antwerpen. Am Sonnabend findet in Antwerpen eine Konferenz internationaler Eisenbahner unter Führung von John Müller statt. Müller ist Ingenieur der Great Eastern Railway. Es werden 400 Konferenzteilnehmer erwartet.

Die Weber

Im Großen Schauspielhaus

Das Richtige wäre gewesen, nach dem vierten Akt nicht Hauptmanns Kommen abzuwarten, sondern auf die Kämpfe zu springen und zu rufen: Es lebe die Revolution! Nieder mit dem Kapitalismus! Nieder mit den Brotwucherern! Nieder mit den Blutlängern des Proletariats, die aus seinem Hunger ihr Gold machen! Die Herrschaften im Parkett hätten bei der Aufregung, die im Hause herrschte, Furcht bekommen, oder sie hätten den Kaiser heruntergeholt und geschrien: Was fällt Ihnen denn ein?! Sind Sie denn in einer Volksversammlung? Wir sind im Theater! Benehmen Sie sich anständig! Wir haben es hier mit Kunst zu tun und nicht mit Politik! — Aber das übervolle Haus vom zweiten Rang aufwärts, die Tausende, die den Ausschluß gar nicht abwarten konnten, sondern mit einem rasenden Selbststurm die Zertrümmerung des Salons und des Gedrängs des Fabrikanten Dreißiger bejubelten, sie hätten den Ruf verstanden, und brausend geantwortet, das Theater wäre zur Straße, die Kunst zum Leben geworden, und wie jene Aufregung einer Oper von Auber 1831 das Signal zur Brüsseler Revolution gab, so hätte sich von dieser Webervorstellung aus der Zug zum letzten Sturm, zur Befreiung und Rettung der Millionen formiert, die seit sieben Jahren das Elend der schlesischen Weber in der gleichen Stärke an ihrem mageren Leibe erlebt haben.

Nun, es gab keinen Zwischenfall, und er hätte sicher keine solchen Folgen gehabt. Denn so sehr wir den Dreißiger die Flucht durch die Hintertür und die Demolierung ihrer Willen gönnen, wir wissen ja längst, daß der Sozialismus nicht der Kampfpfeil einer Strahlenkugel ist, sondern das immerwährende Ergebnis einer Umgestaltung unseres wirtschaftlichen und moralischen Lebens. Auch den armen Webern hat es nichts genutzt, daß sie in den Tagen vom 3. bis 6. Juni 1844 in Peterswaldau am Culenberge die Fabriken, Maschinen und Wohnhäuser der Bourgeoisie zerstörten, und sogar einen preußischen Major mit 30 Mann Infanterie zum Rückzug zwangen. Der Aufruhr wurde selbstverständlich niedergeschlagen und die Führer kamen ins Zuchthaus. Die ganze Bewegung hatte nur lokale Bedeutung und auf die große proletarische Weltbewegung noch weniger Einfluß, als ähnliche Aufstände der Maschinenzerstörer in Frankreich und England.

Hauptmann folgt als Dichter bis in die Einzelheiten der alten Berichte dem historischen Verlauf. Nur der quälende Schluß, daß sozialer Mut und Leid vergebens waren, kam für ihn nicht in Frage; er hätte die revolutionäre Energie des ganzen Wertes aufgehoben. Aber wie sollte Hauptmann schließen? Die Zeit

hatte den Abschluß, der auch dichterisch der beste ist, noch nicht vorbereitet. Weder konnten die Weber siegen, noch, wie das moderne Klassenbewußte Proletariat eine Niederlage als eine Voraussetzung späterer Siege begreifen und sich dadurch geistig über das Quälen und Sinnlose ihrer Niederlage erheben. Wie schließt nun Hauptmann? Eine verirrte Kugel trifft den alten Hölz, der am Bestuhl harret, weil Gott ihn dort hingelegt hat, während seine Genossen die Soldaten verjagen. Dieser Schluß ist ein Verlegenheitschluß des Dichters, denn die Kunst kennt keine Zufälle und keine verirrten Kugeln; aber als Verlegenheitschluß ist er meisterhaft. Er gibt dem alten Mann, der die Kapitalisten der Vergeltung des Jenkettis überläßt, eine Antwort im revolutionären Sinne des Stückes — mitten in die Stirn, aber zugleich entläßt er die Zuhörer von der einzigen Leiche des Dramas bekommen. Sie fühlten symbolisch wie der Kampf ausgehen wird.

Dieser Ausgang zeigt, wie außerordentlich Hauptmanns Kunstverständnis ist. Und ebenso, nein, noch viel, viel bewundernswerter ist das ganze Werk. Es gibt wahrhaftig wenige Dramen von solcher Vollendung. Da suchen nun die Kritiker den „Helden“ des Dramas. Und andere orakeln, daß der Dichter die Abhängigkeit der Menschen von materiellen Verhältnissen zeige, was doch gar nicht „klassisch“ sei. Und die romantische Reaktion, die dem Naturalismus parallel zur politischen folgte, verhöhnte das Werk wegen seiner „geistigen“ Armut. Und nun nach dreißig Jahren steht es da: fest und festend, gedichtet und gefügt, jeder Akt gerundet wie ein Gedicht, und dahinter überpersönlich der Dichter, gar nicht mehr wie ein Mensch, sondern wie ein Scher, aus dem geheime und tiefenhafte Kräfte wirken.

Ja, es ist ganz unheimlich, wie Hauptmann das Leben mechanisch abzufahren scheint und dabei die stärkste und selbständigste künstlerische Arbeit vollzieht. Während seine Menschen alltätig hintertreten, als ob es Zufälligkeiten wären, sprechen sie Wesenhaftigkeiten, so wie bei Rembrandt ein grüdiges und graues Aussehen zugleich die schönste Innerlichkeit enthüllt. Dabei verzipfen wir den Hauch dieser Menschen, als ob sie uns anatmen würden und wenn sich aus ihrer Seele eine „Szene“ losläßt, dann hat dies eine so furchtbare Kraft, etwas so quälend Gewaltiges, daß man davon geradezu erschöpft wird, als ob man den Zusammenstoß zwischen zwei Menschen im selben Zimmer mitgemacht hätte. Und dabei ist, besonders in den Webern, der Inhalt der Ausbrüche nicht herabziehend, sondern etwas Großes und Erhebendes: ein gepeinigtes und ausgehungertes Proletariat kann vor Elend nicht weichen, steht auf und stößt den Ausschreiter von keiner Brust, um sich für einen Augenblick Luft zu machen. Ja, was da geredet wird, ist nicht gleichgültiges Wimmern und Drohen, sondern es sind die robbenden, lebenden Abbilder unserer Wirklichkeit, so daß man nur durch sehr seltene

Kräfte erklären kann, wie Hauptmann nicht nur jeden Einzelnen kennt, wie seinen eigenen Finger, sondern daß er auch noch den Freiheitsdrang des Proletariats als Ganzes mit einer so gewaltigen Kraft gestaltet hat, wie selbst heute, dreißig Jahre später, eine solche revolutionäre Stoßkraft in unseren Massen noch nicht vorhanden ist.

Die Wirkung war denn auch groß. Während die Massen nach dem ersten Akt noch nicht wußten, wofin das Stück führt, waren sie nach dem Schluß des zweiten Aktes — ein kolossaler Ausschluß, der kaum seinesgleichen hat — wie fanatisiert. Die Szene, in der die Weber plötzlich fast entsetzt im Liede hören, was sie leiden, die Szene, in der ein Gedicht, ein Lied, plötzlich zum furchtbaren Spiegel wird, in dem die Verhungerten vor ihrem eigenen elenden Anblick erschrecken, und doch wie wahnsinnig dieses Bild immer wieder ansehen, das Lied immer wieder hören wollen, diese Szene ist tatsächlich fast zu stark in einer Zeit, in der der Weberhölle vom Culenberge der Kinder- und Arbeitslosenhölle eines ganzen Erdteils gleicht. Als Hauptmann nach diesem Akt erschien, war der Beifall ungeheuer. Nie habe ich etwas Ähnliches im Theater gehört.

Das Stärkste in der Aufführung war, wie Martin, der Regisseur „Das Blutgericht“ zum Grundstoff des Dramas machte. Wie eine Marzellaise brauste das unheimliche Lied zum Marsch der Arbeiterbataillone. (Warum steht es nicht in allen Arbeiter-Liederbüchern? Warum singen es nicht alle Arbeiterchöre?) Das Marzellaische machte den Abend trotz vieler Schwächen unvergessbar. In der Erinnerung liegt das Stück wie ein wilder Rasenengel.

Das Revolutionäre machte Martin also sehr gut, die Not dagegen erstaunlich schlecht. Das Revolutionäre spielte Martin mit gewissen technischen Mitteln, die er vom Expressionismus her in der Hand hat: Gliederung der Chöre, Behandlung der Masse als Ganzes.

Die Not spielte Martin dagegen naturalistisch, mit dick und plump unterstrichenen Einzelsügen, mit unglauhaftem Gehmüßel, mit Mitleid heischendem Gejammer, als ob die Weber Zuhörer auf ihre Not aufmerksam machen wollten. Ganz schief dagegenzüge vom Rite kollwitzigen Blättern. Sah man sich die Weber einzeln an, so fand man zerlumpte Statisten, die Elend spielten, und nach der Vorstellung mit der Stadtbahn 2. Klasse nachhause führen. An der Arena lag es diesmal nicht, es lag daran, daß der Naturalismus Martin nicht liegt.

Das Schwächste in der Aufführung waren die Einzelrollen. Und doch soll das nicht zu sehr gerügt werden. Der Charakterarmen Bezeugung ist es zu danken, daß der revolutionäre Eindruck nicht durch Schauspielkunst verdrängt wurde. Werner Krauß zeigte als der alte Hölz im fünften Akt, welche Sololeistung in einer Rolle von Hauptmann liegt. Bei einer ersten Bezeugung wäre das Ensemble in Einzelleistungen zerfallen. Die eingespielten

Hölz zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt

Die Reden der Verteidiger

Aus dem Plädoyer des Verteidigers Justizrat Dr. Broh ist noch hervorzuheben, daß er den Angeklagten auf eine Stufe stellt mit Florian Geyer, Götz v. Berlichingen und Cromwell. Für ihn stehe Hölz

höher als Diebstahl und Rache Luxemburg,

ja selbst als Lenin und Trotski. Er habe nicht vom sicheren Quartier aus Massen in den Kampf geholt. Auch Dr. Broh hält den Beweis für Nord nicht erbracht.

Der dritte Verteidiger Justizrat Dr. Kraenzel betrachtet die Anklagen der Frau Hefz für die Beweisführung als wertlos. Die anderen Belastungszeugen seien ebenfalls nicht gegen den Angeklagten zu verwerfen. Es ist eine unerhörte Üble, Max Hölz als Verbrecher zu bezeichnen, er hat aus politischen Motiven gehandelt. Wie Brandler dürfe das Gericht auch Hölz die ideale Gesinnung nicht verweigern. Hölz übertrug diesen weit an Idealismus. Das Gericht dürfe ihn nicht, wenn es gerecht urteilen wolle, zu Zuchthaus verurteilen.

Vorsitzender: Angeklagter Hölz! Sie haben noch das Wort! Angeklagter Hölz: Höher, hochverehrter und hochzuverehrender Ausnahme-Sondergerichtshof! — Vorz. (unterbrechend): Wenn Sie weitere Verteidigungen vorbringen, entziehe ich Ihnen das Wort.

Angeklagter: Das können Sie machen wie Sie wollen. Sie haben die Gewalt. Es ist Tade wie Hölz, ob Sie mir zu Anfang, in der Mitte oder am Ende das Wort entziehen. Ich rede solange ich will und ich rede, was mir paßt und nicht was Ihnen paßt. Wenn ich rede, so tue ich es nicht, um mich zu verteidigen, denn um sich zu verteidigen, muß man sich erst schuldig fühlen. Ich fühle mich nicht schuldig vor einem bürgerlichen Gericht. Zu der Anklage des Herrn Staatsanwaltes will ich kein Wort verlieren. Sie ist eine Leichenrede für die bürgerliche Gesellschaft, von ihr mag er sich das Honorar dafür zahlen lassen. Auch zu den drei Verteidigungsreden will ich mich nicht äußern. Die drei Herren sind mir geistig weit überlegen, aber praktisch im revolutionären Sinne stehe ich sie alle drei in die Tische. Das Bürgerium schreit: Man verhandelt gegen eine Bestie und ebenso klingt auch die Anklage aus. Nun gut, ich als Angeklagter, wie Sie mich nennen, obwohl ich Ankläger gegen die bürgerliche Gesellschaft bin, werde Ihnen diese Bestie, gegen die Sie ein Urteil sprechen wollen, so sezieren, daß Sie ein Bild von ihr bekommen.

Der Angeklagte erzählt dann sehr breit ausladend von seiner Kindheit, dem Vater und Mutter, wie er in Frömmigkeit erzogen worden sei. Sein Vater, obwohl ein echter Proletarier, verleihe ihm nicht, sondern schäme sich seines Sohnes. Dann schildert er, wie er geerdet, gelehrt habe um sich als Techniker und schließlich für die Technische Hochschule vorzubereiten. Sehr ausführlich erzählt er bei seinen Kriegserlebnissen.

Er sei voll Begeisterung als Kriegsfreiwilliger bei den Husaren eingetreten und hinausgezogen.

In langer, bunter Erzählung schildert der Angeklagte seine illegale Tätigkeit, seine Reden in Volksversammlungen, seine Propagandatätigkeit, seine ständigen Verfolgungen. Anfangs seien es nur wirtschaftliche Ursachen, die ihn veranlaßt hätten, mit in den Kampf für die Unterdrückten einzutreten, aber durch seine illegale Agitation und das Befehl von Büchern sei er im Laufe der letzten 2 Jahre zu der Erkenntnis gekommen, daß die Revolution nicht gemacht werden kann, sondern daß die wirkliche Revolution, die wir in Deutschland bisher noch nicht gehabt haben, kommen wird, weil sie kommen muß, weil sie eine eigene Notwendigkeit ist.

Der Zustand in Mitteldeutschland

Ist von den Häftlingsbänden propagiert. Die Arbeiterschaft in Mitteldeutschland ist revolutionär bis auf die Knochen, aber sie leidet in der Ideologie, daß ein Signal von einer Partei oder Gewerkschaft ausgehen müsse. Ich habe den Kampf geführt mit allen Mitteln. Vor 2 Jahren hätte ich es auch verabsäumt, einem Mann, der so gehandelt hat wie ich, die Hand zu reichen.

Auf die Anklage an und für sich will ich nichts erwidern; ich erkenne Ihr Urteil nicht an, nicht den Staatsanwalt, nicht das Gericht.

Hätte ich irgendeinen Menschen erschossen, so würde ich das zugeben.

Wenn Sie das Todesurteil aussprechen und es vollstreckt wird, so töten Sie das Fleisch, aber nicht den Geist! Wenn Max Hölz nicht mehr ist, dann werden andere Hölzer kommen, die eifern sind, und mit Händen und Füßen werden sie Sie zerreißen

Mittelmächtigkeiten waren aus diesem Grunde einem glanzvollen Startum vorzuziehen. Unter den vierzig Spielern waren fünf Frauen und zwei Männer am erfolgreichsten. Durch Schlichtheit Paula Ebertz und Sophie Bagay, durch Drahtigkeit Lotte Stein; durch Leidenschaft Leonie Duval, eine Szene „Hilf mir“ Helene Burger. Dieterle als Moritz Jäger, etwas kitschig-hübsch, aber mit guten Charakterzügen für den Beherzungen, der schon in der Stadt gelebt hat und auch sonst mit bemerkenswerten Charakterstrichen. Kampers als Bäcker, frech und sympathisch. Wäscher als Hauslehrer der Fabrikanten-Söhne, herausgeworfen, weil er für die Arbeiter eintritt, in der Maske des jungen Hauptmanns.

Die Aufführung wird ohne Zweifel einen großen Erfolg haben. Denn was das Werk enthält, lebt in unserer Zeit und dieser Zusammenpaß wird die Aufführung um so wichtiger machen, je proletarischer die Hörerschaft ist. Geschlossene Partei- und Gewerkschaftsaufführungen sind daher nach Möglichkeit zu vermeiden. Das Proletariat will und sucht eine proletarische, sozialistische, revolutionäre Kunst. Eine stärkere als die „Weber“ wird es so bald nicht geben. Und die Mutlosen mögen das Weberlied hören; bald nicht geben. Und die Mutlosen mögen das Weberlied hören; bald nicht geben. Und die Mutlosen mögen das Weberlied hören; bald nicht geben.

Felix Stilling.

Zwei glückliche Tage. Aus dem ganzen primitiven Kleinbürgerlichen Schwarm von Schönhan und Radeburg, den jetzt die Kammerpiele geben, kommt fürs Gedächtnis und für eine weitere Erwähnung nur Max Galkorffs Onkel Lütchen in Betracht. Diese Figur war eine intime Meisterleistung. Ein altes gemütliches Hausvaterchen, dem die Verfasser nach längst abgedroschener Manier ein „wichtiges Stichwort“ immer wieder abgeben lassen, das ein Signal zum Lachen bedeuten soll, in Wechselheit aber immer wieder die Frage in uns aufwirft: Ist es möglich, daß mitten in all unserm äußeren und inneren Aufbruch noch Menschen leben, die an solchem Bildnis Vergnügen finden? Das Stichwort lautet: „Wieviel kommt noch“. Onkel Lütchen möchte noch einmal in seinem Leben „das Land sehen, wo die Zitronen blühen“, er möchte auch erleben, daß die neu angekommene Tante wieder rasch verschwindet und bei allem „Gedächtnis“ er: „Wieviel kommt noch“. Wir aber fragen noch einmal: Wann wird das breitere Publikum auch im Sommer an besserer Kunst noch Gefallen finden? Und wir müssen uns trösten: Wieviel kommt noch.

A. N.

Neues über Goethes Tod und Begräbnis. Neue interessante Einzelheiten über Goethes Tod und Begräbnis teilt Dr. Richard Wolff in der Festschrift zum 50. Geburtstag von Prof. Georg Minde-Pouet, aus dem bisher unveröffentlichten Tagebuch des

und zerfleischen. Ich kenne nur zwei Revolutionen, die französische und die russische; beide waren grausam, aber die kommende deutsche Revolution wird alle an Grausamkeit übertreffen, denn die Bourgeoisie zwingt das Proletariat zu Grausamkeiten. Wenn Sie heute über mich das Urteil fällen, so betrachte ich das als ein Schuleramen. Wenn Sie mich freisprechen würden, was Sie ja gar nicht können, so würde ich mich schämen. Verurteilen Sie mich zu 10 Jahren Zuchthaus, so wäre das Zensur Nr. 4, lebenslänglich wäre Nr. 1, Todesstrafe aber 1a. Die bürgerliche Ehre, die Sie mir absprecken wollen, existiert für mich nicht. Für mich gibt es nur eine proletarische Ehre und die können Sie mir nicht absprecken. Sie sagen: Sie fürchten sich nicht; beweisen Sie es doch dadurch, daß Sie auch gegen Ihre eigenen Klassengenossen solche harte Urteile sprechen, wie in letzter Zeit gegen Proletarier. Als der Angeklagte weiter in dieser Form propagandistische Ausführungen macht, fordert der Vorsitzende ihn energisch auf, bei der Sache zu bleiben, widrigenfalls er ihm das Wort entziehen müsse. Dies geschieht dann wirklich, worauf der Angeklagte dem Vorsitzenden drohend entgegenruft: „Ihr könnt das Wort verbieten, Ihr könnt nicht den Geist!“ Der Gerichtshof zieht sich zur Beratung zurück; als der Angeklagte abgeführt wird, ruft er mit lauter Stimme: Es lebe die Räterepublik!

Das Urteil

Nach einstündiger Beratung verkündet der Vorsitzende Landgerichtsrat Braun das Urteil dahin:

Das Gericht verurteilt den Angeklagten wegen Hochverrats in Tateinheit mit Totschlag und verurteilt den Angeklagten wegen Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz sowie der übrigen zahlreichen Verbrechen zu lebenslänglichem Zuchthaus und dauerndem Ehrverlust.

In der Urteilsbegründung heißt es: Der Angeklagte hat nach der Beweisaufnahme zahlreiche Bestimmungen des Strafgesetzbuchs verletzt und sich des Hochverrats schuldig gemacht. Was die Hauptschuldfrage betrifft, ob er einen Mord begangen hat, so steht fest, daß er an der Tötung des Gutsbesizers Hefz beteiligt ist. Das Gericht ist zu dieser Ueberzeugung gekommen auf Grund der Aussagen des Zeugen Uebe, der Frau Hefz und des Zeugen Keller, dem er erzählt hat: „Wir haben Hefz erschossen“, ferner auf Grund der Aussage des Zeugen Boche, dem er gesagt hat: „Ich kommandierte „Um“ und da war der Mann erledigt.“ Das Gericht hat aber das Moment der Ueberlegung verneint, weil es nicht überzeugt war, daß der Angeklagte mit ruhiger, kalter Ueberlegung gehandelt hat und den Grundtat in dubio pro reo (im Zweifel) anwenden mußte. Es liegt also nur Totschlag vor.

Vorz.: Ich lehne die Sitzung.

Hölz (laut schreiend): Es kommt der Tag der Freiheit und der Rache. Sie sind die Zubälter der Justiz. Die Justiz ist eine Hure!

Vorz.: Der Angeklagte ist abzuführen.

Hölz: Ihr könnt das Wort verbieten, Ihr tötet nicht den Geist.

Es kommt zu einer erregten Szene zwischen dem Gefangenwärter und dem Verteidiger Justizrat Fränkl. Letzterer behauptet, daß der Wärter den Angeklagten, um ihn am Weiterreden zu verhindern, geschlagen habe. Weitere Auseinandersetzungen werden dadurch beendet, daß eine Anzahl von Schutzpolizeibeamten Hölz, der anscheinend noch weiter reden wollte, in die Mitte nahmen und ihn durch die Tür aus der Anklagebank herausdrängten. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Jäger, Rechtsanwalt Hegewisch und Justizrat Broh begleiteten Hölz bis zu seiner Zelle.

Wirth über die neuen Steuern

Rede im Reichswirtschaftsrat

Die Sitzung des Reparationsausschusses des Reichswirtschaftsrats am 22. Juni wurde durch eine Rede des Reichsanwalts Dr. Wirth eröffnet über die Frage der Deckung der aus dem Ultimatum erwachsenden Verpflichtungen. Der Reichsanwalt wies zu Beginn seiner Rede auf die Schwierigkeiten hin, die sich bei der Herstellung der neuen Gesetzentwürfe dadurch ergeben, daß eine ganze Reihe von Instanzen an der Gestaltung mitarbeiten wollen. Als schwerste Aufgabe der Reichsfinanzverwaltung bezeichnet er die Lösung der Frage, wie neben einer gewaltigen Belastung des Konsums, etwa durch einen Ausbau der Umsatzsteuer, auch der Besitz in hohem Maße zu den Lasten herangezogen werden kann. Hierfür kommt entweder eine Umformung des Reichsnotopfergesetzes oder ein Ausbau der Reichsvermögenssteuer in Frage, wovon zurzeit Erwägungen im Reichsfinanzministerium im Gange sind. Es ist wahrscheinlich, daß dem Reichswirtschaftsrat darüber schon in

Weimarer Schriftstellers Stephan Schüge mit. Schüge berichtet wie folgt:

„Von Goethe sagt er (Kiemer), er habe bis kurz vor seinem Ende noch gesprochen, mit dem Finger in der Luft geschrieben, er meinte, er hätte nicht gedacht, daß er sterben würde. Halb 11 Uhr hat Kiemer ihn verlassen und geglaubt, es stehe mit ihm so schlecht nicht. Von seiner Wirtshauswirtin: daß er den Zucker vor seinen Augen hat zerfallen lassen und zerteilt, weil wöchentlich 30 Pfund darauf gegangen.“

Halb 7 Uhr früh hatte Bogel ihn schon aufgegeben, weil die Extremitäten kalt wurden. Goethe forderte noch zu trinken, ergriff das Glas Wasser und Wein mit fester Hand und trank es ganz aus. Später sagte er: „was ist die Uhr? Ich möchte etwas frühstücken.“ Er ficht die Gabel und sticht damit ein paarmal auf den Teller. Friedrich gibt mir auch zu trinken. Du hast doch nicht zu viel Wein hierin getan! Er trinkt es halb aus. Er richtet sich noch zweimal ganz in die Höhe, steht das erste Mal noch ganz fest auf den Füßen. Nachher sagt er: „Was haben wir für einen Tag?“ „Den 22. März“, antwortet man. Er: „Nun kommt der Frühling, da erholen wir uns wieder.“ Sodann: „Friedrich, gib mir doch die Mappe her.“ Er bringt ein Buch. „Nein! die Mappe!“ Es ist keine da. „Nun, da ist es ein Geipenst gewesen.“ Er spricht für sich: „Das Schwarze, der Hintergrund.“ Das Bild der Baudreusfahne schwebt ihm vor. Darauf fängt er an mit dem Finger in die Luft zu schreiben, erst hoch und frei — drei Zeilen, mit W anfangend, mit Komma und Punkten. Der Finger sinkt immer weiter herab; zuletzt schreibt er auf die Bettdecke. Der Atem wird immer schwerer. Endlich sinkt er mit dem Kopf zurück, die Augen sind gebrochen, er stirbt.

Ueber Goethes Begräbnis liegen Aufzeichnungen von Frau Schüge vor, die eigenartig berühren. Frau Schüge schreibt:

„Heute morgen war Goethe auf dem Paradeplatz zu sehen; vor Menschenandrang aber konnte niemand von den Honoratioren dazu kommen, bloß das Volk. Sie kletterten bei Hagens über die Mauer und betrogen sich roh und ausgelassen. Nachmittags gegen 4 Uhr bei Hofens, um den Zug zu sehen. Er erschien höchst unordentlich geordnet und wunderbar untereinander gemischt. Die Equipagen — die Minister — die Leiche selbst in dem alten Leichenwagen ohne Blumen und nur zwei Kränze. Nicht einmal die goldene Lyra schmückte seinen Sarg. Sonderbar genug ward er ohne alle christlichen Zeichen bis zum Kirchhof getragen. Das Fortragen des Kreuzes schickte ihm ganz, denn es war der Generalinspektoren schon voraus zur Gruft gefahren, und auch dort empfingen ihn erst die Chorkinder. Vor dem entsetzlichen Menschenarm hörte man kein Glockengeläute, alle Geschäfter kalt und teilnahmslos, genug, nirgends eine Spur von Rührung. — So ward Deutschlands größter Dichter beerdigt! — Gegen 1/2 Uhr gingen wir nach Haus. Es war schneidend kalt und ein rauher Wind. Ueberall erzählte man von Ungezogenheiten des Volkes!“

Festschrift zum 50. Geburtstag. Die Spandauer Kalligraphie stiftet am Sonntag, den 25. Juni, auf dem Circus der Spandauer Allee (in unmittelbarer Nähe des Lustgartens) ein Kalligraphenfest. Wie jedes Werk gelangt Grillparzers „Sappho“ am Sonntag nach 4 Uhr zur Aufführung. Die Leitung liegt in Händen des Direktors Léa de Rolle.

der nächsten Woche genaue Mitteilung gemacht wird. Ohne schon ein abschließendes Programm für die gesamte Deckung zu geben, schildert der Reichsanwalt die Gesetzentwürfe, die zur Zeit in Arbeit sind und bis zu einem gewissen Abschluß schon gelangt sind. Genannt wurden die Zucksteuer, die Einführung des Süßholzwampols, die Änderung des Branntweinmonopols, die neue Körperschaftsteuer, die Kennzeichensteuer, Leuchtmittelsteuer, Zündwarensteuer, Tabaksteuer, Biersteuer und Mineralwassersteuer. Die Entwürfe sind sämtlich im Kabinett genehmigt. Geplant sind ferner eine Kapitalertragssteuer, Verdrängungssteuer, Umsatzsteuer und Kraftfahrzeugsteuer, deren Vorarbeiten soweit gediehen sind, daß das Kabinett demnächst darüber beraten kann. Eine Erhöhung der Zölle, insbesondere auf Kaffee, Tee, Kakao und fertige Erzeugnisse ist vorgesehen. Besprochen wird zurzeit die Frage der Erhöhung der Rohstoffeuer, deren wirtschaftliche Folgen eingehend vorher geprüft werden müsse. Der Reichsanwalt gab zu den genannten Steuern kurze Angaben über die erwarteten Erträge und den aus allen erwarteten Gesamtertrag, die jedoch für vertraulich erklärt wurden. Er lag aber zu am Mittwoch, den 29. d. M., eine umfassende Darstellung der Pläne der Reichsregierung mit ausführlichem Zahlenmaterial zu geben, die dann der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden könne.

Reichspräsident, Reichsregierung und Justiz

Erweiterung des Reederei-Ueberwachungs-Ausschusses

In der gestrigen Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages wurde zunächst der Etat des Reichspräsidenten und der Reichsregierung beraten. Abg. Dr. Rosenfeld (U. S.) benutzte diese Gelegenheit, um an die Regierung die Anfrage zu richten, wann eigentlich der Ausnahmezustand in Sachsen, Ostpreußen und Bayern aufgehoben werde. Geheimrat Brecht gab darauf die Erklärung ab, daß der Ausnahmezustand in dem größten Teil der Provinz Sachsen in den nächsten Tagen aufgehoben werden soll und daß wegen der Aufhebung des Ausnahmezustandes in Ostpreußen mit der preussischen Regierung verhandelt würde, während die Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes im Augenblick nicht betrieben werden könne, da in Bayern zunächst die Entwarnung durchgeführt werden müsse.

Abg. Ernst (U. S.) erklärte sich durch diese Auskunft nicht befriedigt. Er verlangte sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes in der ganzen Provinz Sachsen, sowie in Ostpreußen und Bayern. — Regierungsrat Brecht stellte darauf weitere Auskünfte bei der Beratung des Etats des Ministeriums des Innern in Aussicht.

Bei der Beratung des Justizetats fragte Gen. Dr. Rosenfeld, wann endlich die in Aussicht gestellte Justizreform zu erwarten sei. Es ist höchste Zeit, daß mit der Reform der Justiz begonnen wird. Wie weit ist die Reform des Strafvollzugs gediehen? Das Schicksal der Inassen der Gefängnisse und Zuchthäuser muß endlich gebessert werden. Der Verlauf der Prozesse gegen die Kriegsverbrecher ist wenig befriedigend. Man laßt nur Unteroffiziere und höchstens Unteroffiziere an, gegen die eigentlich Verantwortlichen aber, die während des Krieges in den höheren Stellen der Armee und der Verwaltung lagen, schreitet man nicht ein. Besonders unerhört ist die Freisprechung des Offiziers, der wegen der Verletzung eines Hospitalsschiffes angeklagt war. Wann werden endlich die Ausnahmegerichte verhandelt? Wir verlangen genaue Auskunft darüber, wieviel Angeklagte vor den Ausnahmegerichten verurteilt sind, und auf welche Strafen erkannt worden ist. Wie wird der Beschluß des Reichstages ausgeführt, in welchem Umfang den von den Ausnahmegerichten Verurteilten Begnadigung zukommen zu lassen.

Geheimrat Joel: Die Reform des Strafvollzugs soll zulassung mit der Reform des Strafprozesses durchgeführt werden. Das Reichsgericht behandelt zunächst nur die Fälle, welche auf der ersten Liste der Entente stehen. Der Kommandeur des Unterseebootes ist freigesprochen worden, weil er „pflichtmäßig in Ausübung eines Befehls“ gehandelt hat. Die Ausnahmegerichte in Berlin II und III, in Hamburg, Magdeburg, Halberstadt, Bresslau und Erfurt sollen am 24. Juni, in Dresden, Essen, Hagen, Bochum und Berlin I am 1. Juli, in Nordhausen, Torgau und Naumburg am 15. Juli aufgehoben werden. Nur für Halle ist die Aufhebung des Ausnahmegerichts nicht in Aussicht genommen worden. Die Prüfung der Urteile wird voraussichtlich den Beauftragten für Gnadenfachen übertragen werden.

Der Antrag des Gen. Dr. Rosenfeld auf Vorlegung einer Statistik über das Ergebnis der Rechtsprechung der Ausnahmegerichte wurde angenommen. — Zum Schluß der Sitzung gab der Vorsitzende von dem Einspruch der U. S. gegen die Verlegung des Reederei-Ueberwachungs-Ausschusses Kenntnis. Die U. S. ist übergegangen, dagegen sind die Christlichen und Hirsch-Dankerschen Verbände berückichtigt worden. — Auf Antrag des Gen. Dr. Rosenfeld beschloß der Ausschuss, der Erweiterung des Ueberwachungs-Ausschusses um ein Mitglied, das von der U. S. zu stellen ist, zuzustimmen.

Ausnahmezustand und Orgelesch

Im Hauptausschuss des preussischen Landtags sprach am Mittwoch über den Etat des Ministeriums des Innern zuerst der Abg. Waltraf (Dnalk.). Bei der Besetzung der Beamtenstellen müsse die fachmännische Ausbildung den Ausschlag geben. Wer das Reich erhalten wolle, müsse auch Preußen erhalten. — Abg. Krüger (Soz.) verlangt die Aufhebung des Ausnahmezustandes für Ostpreußen und wandte sich gegen die politische Entrenchung der Sicherheitsbeamten. — Abg. v. d. Osten (Dnalk.) begrüßte die Ausführungen des Ministers in den Fragen der Personalpolitik. Den Worten müßten allerdings auch Taten folgen. Jede parteipolitische Betätigung der Beamten müsse im Dienst unterbunden werden. Der Verein sozialdemokratischer Polizeibeamten könne nicht gebildet werden.

Abg. Braun (Soz.): Für den Ausnahmezustand in Ostpreußen liegt nicht die geringste Veranlassung vor. Er verweist gegen die Befassung, da er nur verhängt werden kann, wenn Ruhe und Ordnung gestört wird. Das ist in Ostpreußen nicht der Fall und somit schafft der Ausnahmezustand erst Verunreinigung und Erregung. In einem demokratischen Staat darf es zwischen Volkswillen und Staatswillen keinen Unterschied geben. Beide Begriffe müssen sich miteinander decken.

Dr. Meier (Komm.): Die Orgelesch legt ihre Verbungen für Oberhessen fort. In Berlin und Bresslau befinden sich Bureau, die den Nachschub belorgen. Das Bresslauer Bureau versteht die Funktionen eines Generalkommandos, das Berliner Bureau, welches sich in der Penfion Gerlach, Kleiststr. 23, befindet, ist eine Art Stappen-Hauptquartier. Die Polizei kennt dieses Bureau. Kriminalbeamte erscheinen öfters in den Räumen, aber nicht, um die verdorbenen Verbungen zu verbünden oder nach Beweismaterial zu forschen, sondern um zu warnen.

Abg. Schölich (Soz.): Es muß ein Unterschied gemacht werden zwischen den einheimischen Verbungen, die dem Selbstschutz in Oberhessen beigetreten sind, um die Bevölkerung gegen die politischen Ueberfälle zu schützen und den in fremden Elementen, die in Oberhessen nichts zu suchen haben und eine große Gefahr bedeuten. Treu des Verbotes der Regierung werden dauernd Leute nach Oberhessen geschickt. Ein Teil dieser Leute hat sich in Niederschlesien niedergelassen und trägt dort Unruhe in die Bevölkerung hinein. Ein anderer Teil dieser Landfremden ist an die Ionenernte Front gekommen, und hat den einheimischen Selbstschutz verdrängt. Die Drohungen der Reichsregierung zu ziehen, um dort „Ordnung“ zu schaffen, nehmen überhand, gegen die herkömmliche Arbeiterschaft wird Herdrecht geübt. Der niederschlesische Selbstschutz, der aus Waffenbesitzenden der Reichswehr bewaffnet worden ist, denkt nicht daran, nach Oberhessen zu gehen, um dort sein Leben aufs Spiel zu setzen. Für diese Leute handelt es sich nur darum, Waffen zu bekommen.

